

auf das Kommuniqué zur Freundschaftsreise verwiesen, darauf, daß es ernsthaft studiert werden muß. (Mancher Genosse in Gussow nimmt es nämlich mit dem Zeitungsstudium nicht immer so genau.) Es wurde aber auch erläutert, daß die diesjährige Reise unserer Partei- und Regierungsdelegation und die dabei zwischen ihr und den führenden Repräsentanten der Sowjetunion getroffenen Vereinbarungen im Zusammenhang mit dem Freundschaftsvertrag gesehen werden müssen, daß sie vor allem der Festigung der ökonomischen Beziehungen zwischen der Sowjetunion und der DDR dienen. Das hat selbstverständlich eine weitreichende politische Bedeutung: Die DDR ist der am weitesten nach Westen vorgeschobene sozialistische Staat, die DDR grenzt unmittelbar an den in Europa einzig revanchistischen Staat, an die Bundesrepublik, und sie hat auf ihrem Territorium das besondere Gebiet von Westberlin, das mit Hilfe Bonns zu einem Störzentrum gegen die DDR ausgebaut wurde.

Die politische, ökonomische und militärische Stärkung der DDR ist angesichts dieser Tatsachen besonders wichtig, und die Freundschaftsreise trägt eben dazu bei, der DDR die entsprechende Unterstützung zu geben.

Die Argumente, die in der Mitgliederversammlung erarbeitet werden, bilden die Grundlage bei der politisch-ideologischen Anleitung der Agitationsgruppen. Das trifft auf die Probleme zu, die im Zusammenhang mit der Freundschaftsreise diskutiert wurden, aber genauso auf alle anderen.

Unter einigen Gussower Bürgern war es zum Beispiel zu Diskussionen über die beiden deutschen Staaten gekommen.

Dabei lief das Gespräch in einer bestimmten Richtung. Es wurde etwa so formuliert: „Die DDR und die Bundesrepublik sind doch zwei selbständige Staaten, ist es da richtig, wenn wir ständig versuchen, die westdeutsche Bevölkerung zu beeinflussen?“

Was sagten die Genossen in den Agitationsgruppen nunmehr dazu?

So wurde geantwortet

Es stimmt, beide deutsche Staaten sind selbständige Gebilde. Aber wenn einer dieser Staaten, das heißt die Bonner Bundesrepublik, durch ihre Politik den Frieden der Welt und die Existenz der Nation gefährdet, dann dürfen wir, die sozialistische Deutsche Demokratische Republik, dazu nicht schweigen, dann gebietet unsere Verantwortung als friedliebender deutscher Staat, zu warnen und zu mahnen. In der Frage Krieg oder Frieden gibt es keine Neutralität, kann und darf es für uns auch keine geben, denn was wäre wohl, wenn wir die Bonner Militäristen und Imperialisten einfach gewähren ließen, wenn wir nicht eindringlich und überzeugend gerade die westdeutsche Bevölkerung auf das gefährliche Treiben der Bonner Machthaber hinweisen und versuchen würden, ihr das ganze Ausmaß der westdeutschen Verschwörung gegen den Frieden vor Augen zu führen?! Die jüngste deutsche Geschichte zeigt doch nur zu deutlich, wozu der deutsche Imperialismus und Militarismus fähig sind.

Um 20 000 kg Milch

Die Parteiorganisation der LPG Gussow fühlt sich aber nicht nur für die politische Massenarbeit im Ort, sondern genauso für die ökonomische Entwicklung der Genossenschaft verantwortlich. Sie

übernimmt nun aber nicht etwa die Funktionen der Wirtschaftsfunktionäre und kümmert sich womöglich an deren Stelle um die Organisation und den Ablauf des Produktionsprozesses. Wenn es um ökonomische Belange geht, dann unter folgendem Gesichtspunkt: Wie kann die Parteiorganisation von sich aus, das heißt mit den Methoden und Mitteln der Partei, die ökonomische Entwicklung der Genossenschaft beeinflussen bzw. bestimmte ökonomische Aufgaben lösen helfen?

Im Kuhstall war zum Beispiel im Juli dieses Jahres ein Defizit von 20 000 kg Milch zu verzeichnen. Bedingt durch die Trockenheit im Jahre 1964 war nicht genügend Futter in der Genossenschaft vorhanden. Hinzu kam, daß ein Teil der Kühe selektiert worden war und die Milch dieser Kühe der Genossenschaft verloren ging. Die Mitgliederversammlung beschäftigte sich mit den Milchschulden. Dabei wurde nicht damit begonnen, wie vielleicht mehr Futter produziert werden könne, die Parteiorganisation ging anders vor. Sie ging davon aus, daß die Erfüllung des Planes der Milchproduktion politisch bedeutungsvoll, daß die Milchproduktion von der Partei zum Schwerpunkt Nummer 1 für die Landwirtschaft der DDR erklärt worden ist. Also: In der Parteiversammlung wurde von der politischen Seite aus an die Milchschulden herangegangen. Das war der Ausgangspunkt, um nunmehr den Genossen Viehpflegern und genauso den Genossen Wirtschaftsfunktionären zu sagen, „überlegt euch, welche konkreten Schritte jetzt notwendig sind“.

Die Brigade in den Milchviehställen besteht aus drei Genossen und vier parteilosen